

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Anke Domscheit-Berg, Doris  
Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/11234 –**

### **Soziale Innovationen stärken**

#### **A. Problem**

Globalen Problemen wie der wachsenden sozialen Spaltung, dem Klimawandel, den sich ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit kann nicht nur durch rein technische Lösungen begegnet werden. Derzeit haben jedoch sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene technische Innovationen, die allein auf Gewinn- und Wohlstandsaufwuchs zielen, eine hohe Chance auf öffentliche Förderung. Sozialpolitische oder gesellschaftliche Ziele im Sinne des sozial-ökologischen Wandels werden, wenn überhaupt, nur marginal verfolgt. Das Förderverständnis der Bundesregierung ist größtenteils auf Technologien mit kommerzieller Bedeutung ausgerichtet und räumt zum Beispiel der Dienstleistungsforschung (service sciences) zu wenig Raum ein.

#### **B. Lösung**

Es bedarf ganzheitlicher Strategien, die neben technologischen Prozessen vor allem soziale Prozesse in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft initiieren und verändern. Nur durch einen Wandel der politischen Strukturen, des sozialen Zusammenlebens und Kooperierens können umfassende Lösungen erreicht werden. Diesen Wandel können soziale Innovationen befördern. Sie können zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme beitragen, wenn sie in die entsprechenden Veränderungsprozesse integriert sind. Daher muss auch die Entscheidung über die Förderung und Entwicklung neuer Technologien zukünftig stärker vor dem Hintergrund ihrer Einbettung in die gesellschaftliche Praxis gefällt werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/11234 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2019

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Dr. Stefan Kaufmann**  
Berichterstatter

**Dr. Manja Schüle**  
Berichterstatterin

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Dr. h. c. Thomas Sattelberger**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, Dr. Manja Schüle, Dr. Marc Jongen, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/11234** in seiner 112. Sitzung am 12. September 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. stärken soziale Innovationen soziale Werte wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Gleichheit. Soziale Innovationen seien neue Ideen, kreative Entwicklungen und Adaptionen, die das Gemeinwohl im Blick haben. Als erfolgreiche Beispiele nennt die Fraktion Umsonstläden, Straßenzeitungen, Mehrgenerationenhäuser oder Projekte wie der „laufende Schulbus“ oder die öffentlichen Bücherschränke. Wie wichtig digitale soziale Innovationen seien, könne man zudem am Beispiel der Wikipedia sehen.

Im Gegensatz zu einer technischen oder technologischen Innovation gehe es bei sozialen Innovationen nicht in erster Linie darum, neue Produkte zu entwickeln und gewinnbringend zu vermarkten. Die Demokratisierung und das emanzipatorische Handeln im Sinne der Wiederaneignung, Selbstermächtigung und Verantwortungsübernahme seien ein Erfolg sozialer Innovationspolitik. So seien neue Projekte der politischen Beteiligung der Zivilgesellschaft, von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften entstanden.

Derzeit hätten jedoch sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene technische Innovationen, die allein auf Gewinn- und Wohlstandsaufwuchs zielten, eine hohe Chance auf öffentliche Förderung. Sozialpolitische oder gesellschaftliche Ziele im Sinne des sozial-ökologischen Wandels würden, wenn überhaupt, nur marginal verfolgt. Das Förderverständnis der Bundesregierung sei größtenteils auf Technologien mit kommerzieller Bedeutung ausgerichtet und räume zum Beispiel der Dienstleistungsforschung (service sciences) zu wenig Raum ein.

Globalen Problemen wie der wachsenden sozialen Spaltung, dem Klimawandel, den sich ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit könne nicht nur durch rein technische Lösungen begegnet werden. Es bedürfe ganzheitlicher Strategien, die neben technologischen Prozessen vor allem soziale Prozesse in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft initiierten und veränderten. Nur durch einen Wandel der politischen Strukturen, des sozialen Zusammenlebens und Kooperierens könnten umfassende Lösungen erreicht werden. Diesen Wandel könnten soziale Innovationen befördern. Sie könnten zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme beitragen, wenn sie in die entsprechenden Veränderungsprozesse integriert seien. Daher müsse auch die Entscheidung über die Förderung und Entwicklung neuer Technologien zukünftig stärker vor dem Hintergrund ihrer Einbettung in gesellschaftliche Praxis gefällt werden.

Die Bundesregierung solle im Wesentlichen aufgefordert werden,

- gemeinwohlorientierte Dienstleistungsforschung sowohl in der institutionellen als auch der Projektförderung zu integrieren und auszuweiten;
- Forschungsprogramme und Projektförderung verstärkt für soziale Innovationen zu öffnen und explizite Projektförderung für soziale Innovationen einzuführen;
- soziale Innovationen als sinnvolle eigenständige Lösungen gesellschaftlicher Probleme zu definieren und entsprechend zu fördern;
- eine offene Innovationskultur insbesondere in der Verwaltung bewusst finanziell, personell und technologisch zu fördern, u. a. mittels Einsatz von Open-Source-Software auf allen Ebenen;

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, soziale Innovationen und gemeinnützige Dienstleistungsforschung zu fördern;
- Modelle von open innovation als Förderkriterien für alle Forschungsförderprogramme des Bundes aufzunehmen;
- Social Entrepreneurs als wichtigen gemeinwohlorientierten Partner anzuerkennen und durch explizite Förder- und Beratungsangebote auf Bundesebene zu stärken sowie
- einen Fonds einzurichten mit der dezidierten Förderung sozialer, gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Innovationen im digitalen Bereich mit einem Budget von 50 Millionen Euro. Dabei sei auch die Schaffung von Barrierefreiheit zu berücksichtigen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/11234 in seiner 46. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/11234 in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/11234 in seiner 33. Sitzung am 16. Oktober 2019 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Berlin, den 16. Oktober 2019

**Dr. Stefan Kaufmann**  
Berichtersteller

**Dr. Manja Schüle**  
Berichterstellerin

**Dr. Marc Jongen**  
Berichtersteller

**Dr. h. c. Thomas Sattelberger**  
Berichtersteller

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstellerin

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstellerin





